

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 06 90 848-48 pbbn d



Inhalt

34. Jahrgang / 31

13. Februar 1979

Hans Koschnick, Stellvertretender Vorsitzender der SPD und Bürgermeister von Bremen, ruft angesichts der Krise im Iran zu freiwilliger Einschränkung im Ölverbrauch auf.

Seite 1/2

Dr. Peter Corterier MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages zum Konflikt der westeuropäischen Kommunisten mit den Sozialdemokraten.

Seite 3

Ludwig Linsert, ehemaliger DGB-Vorsitzender in Bayern, fordert einen verstärkten aktiven Antifaschismus in der SPD.

Seite 4/5

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godeberger Allee 106-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

Neuanlauf zur Geschwindigkeitsbegrenzung

Das Energiesparen fängt bei jedem einzelnen an

Von Hans Koschnick

Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bürgermeister und Senatspräsident der Freien Hansestadt Bremen

Die undurchsichtige Lage im Iran hat die Diskussion um eine mögliche Ölrationierung wiederbelebt. Diese Diskussion trifft uns relativ unvorbereitet. Hand aufs Herz: Wir haben nach dem Ölpreisschock von 1973/74 und der damit einhergehenden Ölverknappung bei uns zu Hause streckenweise so getan, als sei nichts Einschneidendes geschehen. Gewiß, die Bundesregierung hat Vorsorge getroffen; wir haben mehr Lagervorräte als früher; doch reicht das aus, um der Entwicklung gerecht zu werden? Ein Großteil unserer Verhaltensweise erinnert mich jedenfalls an die Mainzer Fastnachtslosung: "Heile, heile Gänschen, es wird schon wieder gut".

Wir Sozialdemokraten dürfen aus unserer Grundüberzeugung heraus künftigen möglichen Entwicklungen nicht so begegnen,

wie es uns gelegentlich von den Vertretern der "reinen Lehre" der Marktwirtschaft vorgetragen wird. Da heißt es, zur Beunruhigung sei kein Anlaß; daß Äußerste könnte die Erhöhung der Preise für Heizöl und Benzin sein. Einem Sozialdemokraten ist es jedoch verwehrt, so zu reden, denn es sind in erster Linie die unteren Einkommensstufen, die mit einem solchen Argument hart getroffen wären.

Wir sollten stattdessen erneut die Frage erörtern, ob es nicht vernünftiger ist, freiwillig Verbrauchseinschränkungen auf uns zu nehmen. Dazu würde an erster Stelle die den Benzinverbrauch wirklich senkende Einführung der Geschwindigkeitsbegrenzung gehören müssen.

An das Thema Geschwindigkeitsbegrenzung sollten wir nüchtern und ohne ideologische Verkrampfung herangehen. Je mehr Selbstdisziplin wir uns jetzt angesichts der Einsicht in die Begrenztheit der Rohstoffe auferlegen, desto weniger staatliche Eingriffe brauchen wir später zu fürchten. Und je weniger wir Öl durch sorglosen Umgang verknappen, desto größer ist die Chance, daß ein erschwinglicher Preis für alle gehalten werden kann.

"Freie Fahrt für freie Bürger"? - ich kann daran nichts Zukunftsweisendes entdecken, wenn damit wirtschaftliche und soziale Verantwortungslosigkeit gepriesen werden sollte.

(-/13.2.1979/h1/hgs)

Wenn das Volksfront ist...

Westeuropäische Kommunisten schließen sich auf SPD ein

Von Dr. Peter Corterier MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

Zum eisernen Bestand der "Argumente", die die CDU/CSU mangels sachlicher Alternativen auch in diesem Bereich im Europawahlkampf gegen die SPD einzusetzen gedenkt, gehört die Behauptung, die SPD strebe auf europäischer Ebene eine Annäherung an die Kommunisten an.

Viel ist zur Zurückweisung dieser Verleumdung schon gesagt worden, aber diejenigen, mit denen die SPD angeblich zusammenarbeiten will, liefern die besten Gegenargumente.

Die französischen Kommunisten, die bereits bei den Wahlen zur Nationalversammlung im vergangenen Jahr üble Angriffe gegen die Bundesregierung und insbesondere gegen die SPD und Bundeskanzler Helmut Schmidt geführt haben, sind angesichts der bevorstehenden Europawahlen dabei, diese Kampagne in noch gehässigerer Form wiederaufleben zu lassen. Dabei ist ihr Hauptziel, die sozialistische Partei Frankreichs wegen ihrer Zusammenarbeit mit der SPD bei gewissen Wählergruppen zu diskreditieren.

Die SPD wird als getreuer Diener des internationalen Kapitalismus dargestellt, unter deren Führung die Bundesrepublik zum Polizisten geworden sei, der in Westeuropa im Auftrag der USA für Ruhe und Ordnung Sorge.

Während solche Töne für die französische KP nichts Neues sind, und nur beweisen, wie wenig sich dort über die Jahrzehnte hinweg geändert hat, ist es interessant festzustellen, daß nun offensichtlich auch die spanische KP - manchmal wohl etwas voreilig als Speerspitze des Eurokommunismus gefeiert - in dieses Fahrwasser einzuschwenken scheint.

Die ersten Äußerungen des spanischen Kommunistenchefs Carrillo im Wahlkampf für die Neuwahlen des spanischen Parlaments zeigen, daß er offensichtlich genauso, wie dies schon früher die französischen Kommunisten versucht haben, das Wort Sozialdemokraten zu einem regelrechten Schimpfwort machen will. Er wirft den spanischen Sozialisten nicht nur die Zusammenarbeit mit der SPD vor, sondern spricht sogar von einer sozialdemokratischen Politik der spanischen Sozialisten, die von Bonn diktiert werde.

Carrillo, dessen Partei nach wie vor intensiv finanzielle Verbindungen zu Moskau hat, behauptet darüber hinaus allen Ernstes, es bestünde die Gefahr, daß die spanischen Wahlen durch deutsche Banken entschieden würden.

Diese Beispiele zeigen deutlich, daß die Kommunisten Westeuropas in den Sozialdemokraten und Sozialisten ihre Hauptgegner sehen. Sie wissen, daß überall dort, wo es starke sozialdemokratische oder sozialistische Parteien gibt, es keine Chancen für die Kommunisten gibt.

Sie bekämpfen mit allen Mitteln vor allem die deutschen Sozialdemokraten, weil sie solidarisch mit ihren Bruderparteien im Kampf um ein soziales und demokratisches Europa zusammenwirken.

Ob auch die CDU/CSU diese Vorgänge zur Kenntnis nimmt und ihre Verleumdungskampagne abblasen wird? Die Hoffnung ist leider gering, denn wie gesagt, mangels sachlicher Alternativen wird man wohl in jedem Fall zur Propaganda greifen. (-/13.2.1979/va-hc/hgs)

+ + +

Warum die Arbeitsgemeinschaften verfolgter Sozialdemokraten

wieder aktiv werden sollen

Das Geschichtsbewußtsein ist auch unter SPD-Mitgliedern oft unzureichend

Von Ludwig Linsert

Ehemaliger DGB-Landesvorsitzender in Bayern

Nach Beendigung meiner hauptamtlichen Tätigkeit beim DGB fand ich Gelegenheit zu einer Reihe ganz privater Reisen in das europäische Ausland. In zahlreichen Gesprächen bei verschiedenen Gelegenheiten mit "dem Mann auf der Straße" ergab sich mit kleinen Unterschieden in Ost und West folgendes Bild über unsere Vergangenheit.

1. Die Untaten des Dritten Reiches, angefangen von der Zerstörung zahlreicher Dörfer und Städte, des Abtransportes der jüdischen Bevölkerung aus den besetzten Gebieten, ihre eiskalte, mechanische Ausrottung durch Vergasung sind noch in lebendiger Erinnerung.
2. Meinem Einwand, daß fast alle Völker dunkle Perioden in ihrer Geschichte haben, wurde mit folgendem Argument begegnet: Natürlich, kaum ein Volk ist ohne Schuld, aber Millionen Juden, Frauen, Männer und Kinder systematisch mit Gas zu vernichten, auf diese Idee ist bisher nur das deutsche Volk gekommen.
3. Man vergibt uns - und das nicht immer - aber man vergißt nicht. Jedenfalls nicht so schnell, wie man das bei uns gerne möchte, oder wie wir das durch Verdrängung der Schandtaten selber tun.
4. Erneut tiefes Mißtrauen aber in unsere demokratische Zuverlässigkeit lösen aus: die seit Jahren eskalierenden neofaschistischen Aktivitäten, die Besudelung jüdischer Friedhöfe mit Hakenkreuzen, die zahlreichen Treffen der ehemaligen Waffen-SS unter dem Deckmantel der Hiag, die Hitlerwelle in Wort und Bild.
5. Unser Wiederaufbau wird bewundert, aber zugleich wird die Besorgnis laut, wir könnten mit unserer Wirtschaftskraft auch kriegerische Ziele verfolgen.

Also was tun? Nicht nur wegen unseres Ansehens im Ausland, sondern auch und vor allem um unserer selbst willen. Mit 70 noch einmal aktiv werden, nachdem ich ohnehin seit meiner Jugend engagiert in der Arbeiterbewegung tätig war?

Das deutsche Volk muß, ob es will oder nicht, seine Geschichte aufarbeiten. Wir Antifaschisten helfen, ohne Haß oder Rachedgedanken gerne bei der Bewältigung dieser Aufgabe.

Ist doch auch unser Handeln im Widerstand Teil dieser Geschichte. Aber was kann die immer kleiner werdende Schicht der Verfolgten, die wie ich, fast alle über 70 und durch zwei Kriege, Massenarbeitslosigkeit und Faschismus gezeichnet sind, im Volk ausrichten? In einem Volk, das zum Teil die Antifaschisten noch zu Landesverrättern stempelt?

Wir wollen deswegen erst einmal in der eigenen Partei beginnen und haben das in einem Gespräch mit Willy Brandt und anderen führenden Genossen auch vorgetragen.

Wir fordern:

- Ein klares Bekenntnis zum Widerstand der Arbeiterbewegung und nicht nur des 20. Juli,
- die Pflege der Tradition des Widerstandes und die Verlebendigung seines Geistes in der Partei,
- mehr Veranstaltungen, insbesondere Schulungen über die Ursachen des Nationalsozialismus und das Wiederaufleben neofaschistischer Aktivitäten, wobei rückhaltlos sowohl die historische Schuld der deutschen Schwerindustrie, als auch das Versagen der deutschen Arbeiterbewegung zur Sprache gebracht werden muß,
- Vermittlung eines kritischen Geschichtsbewußtseins bei der Jugend, die völlig unzureichend, auch in der Partei, bis hin zu jungen Funktionären und Mandatsträgern über die Periode von 1933-45 unterrichtet ist,
- Durchführung von Gedenkfeiern, bei denen die führenden Genossinnen und Genossen von Partei und Regierung sprechen sollen,
- Kundgebungen und Demonstrationen mit anderen demokratischen Parteien und Verbänden gegen den Neofaschismus und die Hitlernostalgie,
- Begegnungen mit Widerstandskämpfern und Opfern in den ehemals von Nazis besetzten Ländern,
- Beseitigung von Härten in der Wiedergutmachung.

Um das und vieles andere, was wegen der Kürze der Darstellung nicht zur Sprache kam zu bewirken, müssen die Arbeitsgemeinschaften, gewissermaßen als Hefe im Sauerteig, der insbesondere durch "Holocaust" schon zu gären beginnt, in der Partei und im Volk wieder aktiv werden. Sie müssen ihre Erfahrung, ihre Leiden und Opfer und sei es durch einfache Erlebnisschilderungen vor allem der jungen Generation vermitteln, bis das Wissen um diese dunkle Periode deutscher Geschichte Bestand hat und in eine wachsame, kämpferische, freiheitliche, soziale und demokratische Haltung und Gesinnung umgesetzt ist.

Es ist höchste Zeit! Die alten Kämpfer sterben allmählich weg! (-/11.2.1979/hl/hqs)